

„Nein sagen, wenn wir entscheiden könnten“

Kernreaktor Niederaichbach: 240 Millionen Mark für eine Ruine

Selbst das Schloß der Fürsten von Thurn und Taxis hoch droben auf dem Berg konnte dem Pfarrdorf Niederaichbach in der Vergangenheit keinen Glanz verleihen, der über die engere Heimat hinausgereicht hätte.

Erst als am linken Ufer der Isar 1966 der Kiesboden ausgebaggert wurde, um für ein Kernkraftwerk Platz zu schaffen, wurde das niederbayrische Dorf bundesweit bekannt.

Fast 240 Millionen Mark, vorwiegend Mittel der öffentlichen Hand, wurden in vierjähriger Bauzeit in das Projekt gesteckt. Dann überragte der 130 Meter hohe Kamin des Werks bei weitem den Turm der Dorfkirche.

Anders als die bis dahin gebräuchlichen Atomreaktoren, die nur mit teurem angereichertem Uran einwandfrei arbeiten, sollte die von Siemens neu entwickelte Anlage mit billigem Natururan als Brennstoff vorliebnehmen.

Kaum je zuvor war ein Kernkraftprojekt so gründlich und langwierig überprüft worden wie das in Niederaichbach. „Das Projekt hat eine lange Anlaufzeit gehabt“, schrieb seinerzeit das Fachblatt „Atomwirtschaft“, „um so gründlicher konnte es jedoch auch durchdacht, bearbeitet und vorbereitet werden.“

Der Bund nahm das bayrische Projekt schon 1957 in das „Eltviller Reaktorprogramm“ auf und erklärte es im „Deutschen Atomprogramm“ für „verstärkt förderungswürdig“. Das französische „Commissariat à l'Energie Atomique“ (Cea), die „Euratomkommission“ und die „Deutsche Atomkommission“ (DAK) hatten das Vorhaben ausführlich begutachtet.

Die Lieferfirma Siemens erstellte für 18 Millionen Mark (zwei Drittel davon zahlte der Bund) eine „Beschreibung der Anlage“, die zusammen mit Sonderberichten über die Sicherheit, die Wirtschaftlichkeit und die Experimente elf dicke Bände umfaßte.

Die Experten waren allesamt entzückt über die „vorzügliche Neutronenökonomie“ wie den „geringen spezifischen Brennstoffbedarf“, den sie von der geplanten Anlage erwarteten, und nannten den Reaktor, um ihn von anderen Typen abzuheben, liebevoll einen „fortgeschrittenen Konverter“ — ein Typus, der „bis etwa zum Jahre 2000 eine immer größere Rolle spielen dürfte“ („Atomwirtschaft“).

Obschon die Investitionskosten von fast 2000 Mark pro Kilowatt in Niederaichbach fast viermal so hoch waren wie bei einem normalen Wärme-

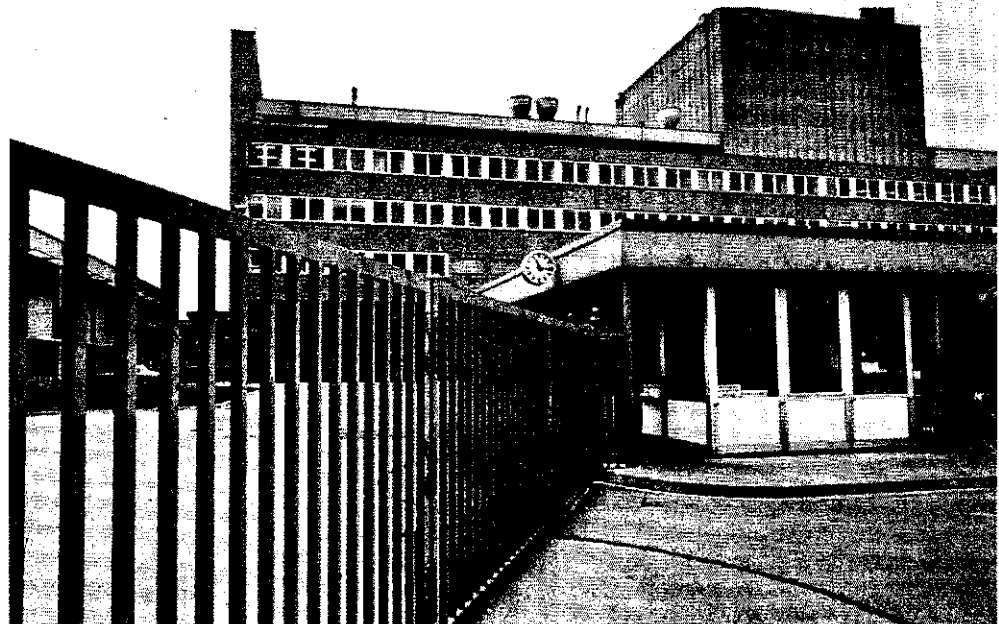
kraftwerk, hoffte die Projektleitung unverzagt, „schnell dem Ziel jeder industriellen Reaktorentwicklung näher zu kommen: der wirtschaftlichen Erzeugung von Strom“.

Daß solche Zukunftshoffnungen und Wirtschaftlichkeitserwartungen „sich voraussichtlich nicht erfüllen“ würden, war zumindest für die bayrische Staatsregierung schon ein Jahr nach Baubeginn „absehbar“. Doch die Firma Siemens, die damals gerade vor dem Abschluß des ersten Exportauftrags für das Schwerwasser-Kernkraftwerk Atucha in Argentinien stand, bat

aichbacher „Prototyp einer Schwerwasser-Druckröhren-Reaktoranlage — wirtschaftlich nicht zum Erfolg führt“.

Als Siemens den Reaktor am 31. Juli 1974 um Mitternacht abschaltete, war es trotz der beachtlichen finanziellen Anstrengungen lediglich gelungen, 40 Prozent der auf 100 Megawatt veranschlagten Leistung herauszuholen — und auch dies nur an etwas mehr als 18 Tagen während der achtjährigen Bau- und Erprobungszeit.

Das unrühmliche Ende ihrer Anlage ließ die Forscher und Praktiker von



Stillgelegtes Kernkraftwerk in Niederaichbach: „Strahlendes Mausoleum“

inständig um Fortsetzung des Baus, weil ja immerhin „sehr wertvolle technische Erfahrungen für andere Vorhaben“ zu gewinnen seien.

Die Bayern zeigten sich verständnisbereit, denn, so Wirtschaftsminister Anton Jaumann, „eine Einstellung des Vorhabens hätte bedeutet, daß öffentliche Mittel von mehr als 100 Millionen Mark ohne jeden Erfahrungsgewinn oder sonstigen Nutzen verloren gewesen wären“.

Konsequenterweise warteten die Niederaichbacher Unternehmer noch etliche Jahre, bis fast eine Viertelmilliarde Mark vertan war, um so die teure Erkenntnis zu gewinnen, daß die Hoffnungen auf den Brennstoff Natururan sich nicht erfüllten, daß die herkömmlichen Leichtwasserreaktoren preisgünstiger sind und daß der Nieder-

Niederaichbach ziemlich unbeeindruckt. „Kernkraftwerk Niederaichbach liefert wertvolles Stilllegungs-Know-how“, hieß es nun frohgemut in den „Hausmitteilungen“ der Karlsruher Kernforscher, denn: „Mit der Anlage in Niederbayern können erstmals in der Bundesrepublik Erfahrungen bei der Stilllegung eines Kernkraftwerkes gesammelt werden.“ (Fachleute schätzen die Stilllegungskosten auf weitere 50 bis 100 Millionen Mark.)

Doch auch diese Erfahrungen werden wegen der kaum nennenswerten Betriebszeit des Reaktors äußerst bescheiden bleiben. Das bayrische Umweltministerium bescheinigt der Anlage ein „verhältnismäßig geringes Aktivitätsinventar“ und gibt sich im Stilllegungsbescheid mit einem „gesicherten Einschluß“ zufrieden. Das heißt, nach

dem inzwischen erfolgten Abtransport der gebrauchten Brennstäbe, des Schwere Wassers und der hochradioaktiven Reaktorteile können die schwach strahlenden Überbleibsel im 60 Meter hohen Reaktor und im danebenliegenden Gruftgebäude verbleiben.

Die Eisentüren in den dreiviertel Meter dicken Betonwänden des Reaktors wurden zugeschweißt, die Kühlwasseröffnungen zugemauert. Selbst der sonst wachsame Bund Naturschutz in Bayern fürchtet nun nicht mehr, daß „aus diesem strahlenden Mausoleum noch was rauskommt“ (so der energiepolitische Sprecher Max Winkler).

Höchstens einen Jux könne man sich mit den schwach kontaminierten Teilen von Niederaichbach noch machen: „Ein Arbeiter könnte seinem Chef so ein Teil unter den Sessel legen, dann wird der vielleicht impotent.“

Gleichwohl hält Bayerns Umweltministerium die unsterblichen Überreste von Niederaichbach für so gefährlich, daß es der Eigentümerin der Anlage, der weitgehend bundeseigenen „Gesellschaft für Kernforschung“, auferlegte, sich gegen etwaige Schäden über 20 Millionen Mark versichern zu lassen (große Kernkraftwerke in Betrieb müssen über 500 Millionen versichert sein).

Und die Hausherren von Niederaichbach lassen die gräulichen Betonquader mit dem hohen Kamin und den zugeschweißten Türen und zugemauerten Öffnungen auch noch von einem zivilen Sicherheitsdienst aus München (Volksmund: „Schwarze Sheriffs“) rund um die Uhr bewachen. Für Naturschutz-Winkler, der „bei denen schon die chemische Keule erlebt“ hat, sind sie ein „Beispiel für den beginnenden Nuklearfaschismus“.

So weit gehen die schwerblütigen Niederbayern in der Einschätzung der Lage noch nicht. Immerhin betrachten sie die Aktivitäten der Kernkraftwerker nach deren Reifall Niederaichbach nun sehr viel reservierter: Neben der Ruine geht in Kürze ein 870-Megawatt-Reaktor in Betrieb, und für einen noch größeren Kernkraftblock gleich daneben wurde soeben das Raumordnungsverfahren eingeleitet.

Niederaichbachs Bürgermeister Manfred Linden und seine 14 Gemeinderäte, die bis Ende April ihre Stellungnahme zum neuen Kraftwerk abliefern sollen, würden zwar „gerne nein sagen, wenn wir entscheiden könnten“ (Linden).

Aber um „sich's nicht mit der Werksleitung zu verderben“, werden sie wohl doch zustimmen: Der Gemeindekasse soll die Gewerbesteuer, dreißig Gemeindegürgern ihre Arbeitsplätze und dem Bürgermeister sein Zimmer erhalten bleiben: Seit sieben Jahren logiert ein Facharbeiter aus dem Werk in seinem Fremdenzimmer.

Browns Ferry durch geradezu unglaublichen Leichtsinn die höchste Gefahrenstufe herbeigeführt worden war. Der hochgradig feuergefährliche Polyurethan-Schaumstoff beispielsweise, den die Elektriker routinemäßig einsetzten, war schon im Dezember 1963 von der amerikanischen Atomenergiebehörde als untauglich bezeichnet worden.

Die Ingenieure von Browns Ferry hatten das mißachtet — obwohl es in der Tat schon mehr als einmal vor dem 22. März in Browns Ferry selber, aber auch in anderen US-Atomkraftwerken kleinere Schaumstoffbrände gegeben hatte.

Auch der Gebrauch von offenem Kerzenlicht zum Aufspüren von Lecks wurde erst nach dem Zwischenfall von Browns Ferry untersagt. Sogenannte Rauchgeneratoren tun nun genau denselben Dienst.

Zu dem Befund, die technischen Mißstände in dem Atomkraftwerk Browns Ferry seien geradezu haarsträubend gewesen, kam auch ein Untersuchungsbericht der amerikanischen „Factory Mutual Engineering Association“, einer Art freiwilligem TÜV der US-Industrie. Konstruktion und Anordnung des elektrischen Leitungsnetzes und die vorbeugenden Maßnahmen gegen Feuer, hieß es in dem Bericht, hätten in Browns Ferry „noch nicht einmal den Standards normaler Industriebetriebe der höheren Risikostufe“ genügt.

25 Millionen Mark betrug die Reparaturkosten nach dem Kabelbrand. Für mehr als ein Jahr fielen die beiden Reaktoreinheiten ganz aus — jeden Monat entgingen den Betreibern des Kraftwerks, der Tennessee Valley Authority, weitere 25 Millionen Mark Einnahmen durch Stromverkauf.

In mancherlei Hinsicht war das Unglück von Browns Ferry, auch wenn es



Ausschuß-Vorsitzender Montoya
War ein „Meltdown“ nahe?

nach außen hin eher bagatellisiert wurde, ein Lehrstück, nicht nur für die direkt Beteiligten. Aber wurden die Lehren daraus gezogen, auch außerhalb der USA?

In der Bundesrepublik ist es zu einem mit Browns Ferry vergleichbaren Atomunglück bisher nicht gekommen. Das Gefahrenpotential freilich wird, in durchaus vergleichbarer Größenordnung, auch hier schon bald vorhanden sein. Die Reaktorgruppe des Kernkraftwerks Biblis am Rhein beispielsweise soll drei Reaktoreinheiten von etwa Browns-Ferry-Größe haben (insgesamt 3800 Megawatt).

Was in den Kernkraftwerken und Versuchsreaktoren der Bundesrepublik bislang registriert — und kürzlich von der Kölner Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) publiziert — wurde, läuft durchweg unter der harmloseren Kennmarke „Störfälle“: zeitweilige



Atombehörden-Chef Anders: „Behauptung nicht zu akzeptieren“